

Pressemitteilung

Linz, 20. September 2023

Europäischer Getreidemarkt steht international unter Druck

LK fordert EU-Transportkostenzuschuss für Weiterexport von ukrainischem Getreide

Die Getreidepreise befinden sich seit vielen Monaten auf Talfahrt. Die Kosten für Betriebsmittel bewegen sich weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Die Gründe für die Verwerfungen sind vielfältig. Vor allem aber belasten ukrainisches Getreide die EU-Märkte sowie Dumpingpreise bei den russischen Exporten die Weltmärkte. Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer fordert daher die Bereitstellung eines EU-Transportkostenzuschusses für ukrainisches Getreide. Damit soll die Ware auch tatsächlich wie vorgesehen in Schwellen- und Entwicklungsländern ankommen und nicht in Europa hängen bleiben.

Nach den erfreulichen Getreidepreisen im Vorjahr sind die Notierungen massiv gefallen und haben sich verglichen zum Jahr 2022 teilweise halbiert. Die Kosten für Saatgut, Düngemittel und andere Betriebskosten sind im Gegenzug inflationsbedingt enorm gestiegen. Die Solidaritätskorridore, über die ukrainische Ware eigentlich die bisherigen Exportländer in Nordafrika und im Nahen Osten erreichen soll, funktionieren nur unzureichend. Große Mengen bleiben in Europa hängen und belasten somit die Märkte. Weiters verfolgt Russland die Strategie, den Weltmarkt mit günstigem Getreide zu überschwemmen, um so Devisen für den Krieg zu erzielen. „Wir verurteilen den von Russland verursachten Krieg und bekennen uns klar dazu die Ukraine beim Export von Agrarrohstoffen zu unterstützen. Allerdings darf das nicht auf Kosten der heimischen Bäuerinnen und Bauern gehen. Die von der EU eingerichteten Solidaritätskorridore zeigen nicht die gehoffte Wirkung. Monat für Monat gelangen nun große Mengen an Getreide und jetzt im Herbst auch Mais, Raps, Sonnenblume und Soja auf den europäischen Binnenmarkt und sorgen für Marktverwerfungen sowie sinkende Preise. Wir fordern daher die Bereitstellung eines aus EU-Sondermitteln finanzierten Transportkostenzuschusses von 30 Euro je Tonne für ukrainisches Getreide, um so die Exporte nach Afrika und Asien zu stützen und eine Entlastung der heimischen Märkte zu erzielen, so LK Präsident Waldenberger.

Landwirtschaftliches Einkommen hat noch großen Aufholbedarf

Die Zahlen des kürzlich veröffentlichten Grünen Berichts weisen für das Jahr 2022 gestiegene Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft aus. Ein Ergebnis, das aufgrund der Preisentwicklungen auf der Ausgabenseite dringend notwendig war. Trotz positiver Entwicklung im Vorjahr, lag dieses trotz Steigerung lediglich auf dem Einkommensniveau von 2007. Mittlerweile befinden sich die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise schon wieder im Sinken. Das letzte Jahr war einkommensbedingt daher nur eine kurze positive Momentaufnahme und ist ein Beweis dafür, dass aufgrund der hohen Mark- und Preisschwanken immer ein mehrjähriger Vergleich notwendig ist. „Ausreichende bäuerliche Einkommen sind heute und auch zukünftig die Basis für den Erhalt der vielfältigen Leistungen der Land- und Forstwirtschaft. Nur mit fairen Preisen und einem fairen Einkommen können die Bäuerinnen und Bauern motiviert werden in der Produktion zu bleiben. Trotz der positiven Einkommensentwicklung im Vorjahr besteht beim bäuerlichen Einkommen noch finanzieller Aufholbedarf, wie der Vergleich mit anderen Berufsgruppen zeigt. Es braucht für die Landwirtschaft, so wie in anderen Berufsgruppen auch üblich, eine angepasste und dauerhafte positive Entwicklung der Erzeugerpreise, um den Fortbestand der Betriebe zu sichern“, so Waldenberger.

Nein zu neuen Vermögens- und Erbschaftssteuern

Derzeit machen Ideen zu neuen Vermögens- und Erbschaftssteuern die Runde. „Diese lehnen wir mit aller Vehemenz ab. Land- und forstwirtschaftliches Vermögen ist schon jetzt ausreichend besteuert. Daher und aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation der letzten Jahre hinweg ist die Land- und Forstwirtschaft generell von neuen Steuervorschlägen auszunehmen. Wenn die Steuerlast die weitere Bewirtschaftung unattraktiv macht, dann gefährdet das letztendlich auch die Versorgungssicherheit“, warnt Waldenberger.



Der europäische Getreidemarkt steht international stark unter Druck. Das bekommen auch die heimischen Bäuerinnen und Bauern intensiv zu spüren und kämpfen mit einem Preisverfall bei Getreide und Mais. Wir fordern daher als Maßnahme einen Transportkostenzuschuss für ukrainisches Getreide, damit dieses in die geplanten Zielländer in Afrika und Asien gelangt und so eine Entlastung herbeigeführt wird.

Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: DI Daniel Rogl

Tel +43 50 6902-1330, daniel.rogl@lk-ooe.at